



**Gesellschaft zur Rechtlichen und
Humanitären Unterstützung e.V.
Der Vorstand**

Information

Nr. 3 / 2022

36. Grenzertreffen am 3. September 2022

Eröffnung:

Günter Leo

Referat:

Dr. Arnold Schölzel

Diskussion:

Oleg Eremenko

Liane Kilinc

Schlußwort:

Hans Bauer

Für Mitglieder und Sympathisanten

Berlin, September 2022

Eröffnung durch den Leiter der AG Grenze, Genossen Günter Leo

Liebe Kameraden der NVA und der Grenztruppen der DDR, liebe Genossinnen und Genossen.

Im Namen der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung und ihrer Arbeitsgruppe Grenze begrüße ich Euch recht herzlich zu unserem 36. Grenzertreffen.

Unser besonderer Gruß gilt dem Vorsitzenden des Fördervereins und Chefredakteur vom "Rotfuchs", Genossen Dr. Arnold Schölzel.

Eingeladen waren Genossen vom Klub der tschechischen Grenzgebiete (KCP) und ehemalige Grenzer aus Polen. Leider mussten beide Delegationen kurzfristig wegen Corona absagen. Die von ihnen übermittelten Grüße möchten wir herzlich erwidern.

Besonders erfreut sind wir über die Teilnahme von Generalmajor S. Chukhrov, Militärattachée der Russischen Föderation.

Weiterhin begrüßen wir den Genossen Oleg Eremenko, Vertreter gesellschaftlicher Organisationen Russlands in Deutschland.

Liebe Anwesende,

Es erfreut uns, dass wir Vertreter befreundeter Parteien und Organisationen begrüßen können.

Herzlich begrüßen wir die Mitglieder des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden, insbesondere unsere ehemaligen Waffenbrüder des "Vereins zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR", von ISOR sowie Liane Kilinc, Vorsitzende des Vereins "Friedensbrücke - Kriegsopferhilfe e. V."

Zur richtigen Einstimmung auf unser Treffen begrüßen wir die Singegruppe des "Rotfuchs".

Herzlich willkommen, liebe Freundinnen und Freunde!

Referat Genossen Dr. Arnold Schölzel

Liebe Genossinnen und Genossen,

Herzlichen Dank für die Einladung. Ich überbringe euch die herzlichen Grüße des geschäftsführenden Vorstandes des Rotfuchs-Fördervereins, verbunden mit dem Dank für eure Tätigkeit in der DDR zum Schutz von Sozialismus und Frieden. Ja, wir haben” das Pack zum Teufel gejagt”, wie es im Lied der Partisanen vom Amur heißt, und dass wir das 40 Jahre lang geschafft haben, daran habt Ihr einen großen Anteil.

32 Jahr nach dem Ende der DDR ist die Welt wie im Fieber und aus den Fugen. In unserem Land droht die Verarmung weiterer Millionen Menschen, gleichzeitig steigt die Gefahr eines Weltkrieges. Klassenmäßig geht es um den Kampf zwischen den Reichen und den Armen auf der Welt und in diesem Land, einem der reichsten auf der Welt. Das bedeutet: Die zwei reichsten Familien besitzen so viel Vermögen wie die Hälfte der Bevölkerung. Hungern und Frieren ist für viele in diesem Winter angesagt, aber Energie- und Lebensmittelkonzerne fahren Rekordgewinne ein, das Vermögen der Reichsten hat sich in den vergangenen Krisenjahren um Dutzende Milliarden Euro vermehrt. Die Konzerne sind außer Rand und Band, sie gehören unter öffentliche Kontrolle. Vielen kleinen Firmen droht die Insolvenz. Allein mit dem mutwilligen Stopp der Öllieferungen aus Russland für Schwedt wird eine ganze Region zum zweiten mal in einer Generation ruiniert, der gesamten deutschen Wirtschaft drohen durch den Wirtschaftskrieg gegen Russland schwere Schäden. Vielleicht haben einige von euch die RBB-Live-Sendung aus Schwedt am vergangenen Dienstag gesehen: Zwischen den Politikern, die dort auftraten, und der Bevölkerung gibt es im Grund keinen Bezugspunkt mehr. Den Grünen ist wichtiger, den Krieg in der Ukraine zu verlängern, “egal, was meine Wähler davon halten”, so Annalena Baerbock. Rentnerinnen und Rentner, Studierende werden nicht mehr über die Runden kommen, aber von 300 Euro Energiegeld bleiben sie bis heute ausgeschlossen. Der Bund hat allein über die Mehrwertsteuer wegen der Inflation in diesem Jahr 30 Milliarden Euro mehr eingenommen. Da sind die sogenannten Entlastungspakete lediglich Päckchen, sie sind Augenwischerei - daran wird auch das nichts ändern, das heute wahrscheinlich vom Koalitionsausschuss beschlossen wird.

Eine Ursache der Explosion von Energie- und Lebensmittelpreisen sind die Sanktionen gegen Russland, mit denen Frau Baerbock ja Russland “ruinieren” will. Nach einem halben Jahr wird solche Großmäuligkeit seltener, dennoch bezweifle ich, dass Leute die so etwas von sich geben, wissen, mit wem sie sich da anlegen. Sie kennen weder die Größe des Landes noch dessen Potential. Zwar werden die Urheber der Vertragsbrüche gegenüber Russland bescheidener und behaupten nur noch: “Die Sanktionen wirken” – wie am Dienstag in Schwedt. Richtig, lässt sich anfügen, die Sanktionen wirken hier in der Bundesrepublik und auf deren

Bevölkerung. Hier droht eine wirtschaftliche Talfahrt, eine Rezession, und gleichzeitig Verstärkung von Armut und Wohnungslosigkeit.

Auf die Propaganda, „der Russe“ sei an allem schuld, fiel ein großer Teil der Bevölkerung anfangs herein. Das hat sich geändert. Viele erkennen: Mittlerweile handelt es sich um einen Krieg der NATO gegen Russland. Diese Aggression muss gestoppt werden.

Verarmung und Einschüchterung sind Voraussetzungen und Vorboten imperialistischer Kriege. Imperialismus heute bedeutet: Die Gefahr eines Atomkrieges ist so akut wie lange nicht. Sie wurde herbeigeführt durch eine politische und militärische Geisterfahrt des Westens, die gestoppt werden muss. Die in Kiew Regierenden, die politisch und militärisch zusammen mit den USA die Westeuropäer erpressen, ließen sogar das AKW Saporoschje beschießen, um einen Unfall Russland in die Schuhe schieben zu können. Hierzulande wollen uns die Staats- und Konzernmedien weismachen, die russischen Streitkräfte hätten sich dort selbst beschossen. Allerdings hat das in den beiden Sitzungen des UN-Sicherheitsrats, der auf Antrag Russlands am 11. und am 23. August tagte, kein westlicher Diplomat zu sagen gewagt. Das Gelächter aus Asien, Afrika oder Lateinamerika, wo man sich dem westlichen Unfug über diesen Krieg trotz allen Drucks nicht anschließt, hätte sie weggefegt.

Es ist es ist angesichts der Lage in unserem Land dringend nötig, dass sozialer Protest und Friedensbewegung zusammenfinden. Denn der Krieg wird genutzt, um einen gigantischen Prozess der Umverteilung von unten nach oben in Gang zu setzen, vor dem selbst die Hartz-Gesetze verblassen. Entweder gelingt es, wie Reiner Braun vom Internationalen Friedensbüro vor einer Woche auf dem UZ-Pressefest formulierte, eine neue Dimension des Protestes zu schaffen oder die Herrschenden werden unter dem Vorwand von Krieg und Krise die BRD so verändern, „dass sie nicht wieder zu erkennen sein wird.“ Ich denke, wir alle sollten dafür sorgen, dass die geplanten Aktionen am 1. Oktober zu einem Ereignis werden, das den Herrschenden in die Knochen fährt. Die Montagsdemo in Leipzig übermorgen, zu der Sören Pellmann von der Linkspartei aufgerufen hat, ist ein guter Anfang. Die auch in der Linkspartei erhobenen Vorwürfe, Rechte missbrauchten die Demonstrationen, ist ein durchsichtiger Versuch, den Protest zu spalten und zu verunsichern. Wer wie Bodo Ramelow Sahra Wagenknecht, Klaus Ernst und Björn Höcke in einem Atemzug nennt und gleich noch Hitler und Stalin anfügt, ist ein übler Demagoge der herrschenden Klasse, ein Hetzer. Leute wie er verkennen aber die Lage: Die Stimmung, der Unmut brodeln. Ein Funke genügt.

Die entscheidende politische Tatsache, mit der wir es zu tun haben, sind der Krieg des krisengeschüttelten Imperialismus gegen Russland und die Vorbereitung auf eine militärische Auseinandersetzung mit der VR China. Dazu gehört der westliche, überhaupt nicht heimliche Aufmarsch gegen Russland und der Versuch, das riesige Land bereits im Frühjahr vergangenen Jahres durch die Ukraine in einen Krieg hineinzuziehen. Der deutsche Imperialismus ordnet sich, so formulierte es vergangene

Woche der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele auf dem UZ-Pressfest, in die NATO-Aggression und in das Gesamtinteressen des Weltimperialismus unter Führung der USA ein. Diese Aggression zielt weiter nach Osten, nach China. Russland soll zum "Rohstoffe liefernden Vasallenstaat" gemacht werden, China in seinen Entfaltungsmöglichkeiten beschränkt und begrenzt werden. Der deutsche Imperialismus übernimmt dabei eine besondere, eine Führungsrolle in Europa, er "schwimmt sich frei", das ist mit "Zeitenwende" gemeint, darin besteht sie. Das bedeutet aber auch: Die aggressivsten Kreise des deutschen Monopolkapitals haben sich durchgesetzt. Nein, wir leben nicht in einer faschistischen Diktatur, aber die entschiedenste Kriegspartei sind heute Die Grünen, die SPD ordnet sich ihnen faktisch unter. FDP und CDU/CSU haben ihre Bedingungen bei der Verabschiedung des „Sondervermögens Bundeswehr“ in Höhe von 100 Milliarden Euro diktiert.

Was bedeutet diese Konstellation? Zunächst: Die Bundesregierung ist keine Marionettenregierung. Sie verfolgt langfristig eigene Pläne der Expansion und der Dominanz, die zum Teil im Gegensatz zu den Interessen anderer imperialistischer Staaten stehen. Allerdings: Ich weiß nicht, wie es euch geht, aber ich habe den Eindruck, dass es beim alten Leiden deutscher Imperialisten geblieben ist: Sie haben im Vergleich zu anderen Imperialisten ein besonders irrales Weltbild, verkennen die Kräfteverhältnisse in der Welt und leiten daraus eine irrationale Strategie ab. Sie bekommen dies und jenes gut hin – der Kaiser hatte seinen Ludendorff, den heimlichen Diktator, und Hitler hatte seinen Heusinger, der ihm erst den "Fall Barbarossa" entwarf und später die Bundeswehr ganz demokratisch führte, wie wir von Frau von der Leyen wissen. Verlieren aber die Weltkriege, die sie mutwillig anzetteln. Auch im Innern hapert es: Lenin würde heute die Deutsche Post nicht mehr für Kontrolle und Rechnungsführung, für eine gute Organisation auch noch im Sozialismus vorschlagen. Die Deutsche Bahn darf als ruiniert bezeichnet werden, die Infrastruktur insgesamt bröckelt und die Pandemie zeigt, dass ein auf Profit getrimmtes Gesundheitswesen nicht dazu da ist, Menschen zu retten. USA, 330 Millionen Einwohner, 1 Million offiziell gezählter Corona-Toter. VR China, 1,4 Milliarden Einwohner, 5.000 Tote. Es gehört sich für ein Land wie die BRD mit einem Bildungswesen, das Jahr für Jahr 15 Prozent aller Jugendlichen ohne ausreichende Lesefähigkeit und Mathematikkenntnisse entlässt, dass antiwissenschaftlicher Unfug beachtliche Resonanz findet und der fehlgelenkte Protest effizient von Krieg und Hochrüstung ablenkt.

Vor diesem Hintergrund wirkt das, was führende deutsche Politiker zu diesem Thema sagen, wie eine Mischung aus gefährlichem Größenwahn und lächerlichem Mittelmaß. Auch das hatten wir zweimal in der deutschen Geschichte und wir wissen, wie es endete. Von armseligen Figuren wie Frau Baerbock, die als Sprechpuppe von wem auch immer fungiert, ganz abgesehen. Am 21. Juni hat z. B. der SPD-Kovorsitzende Lars Klingbeil eine solche Grundsatzrede in Berlin gehalten

Er erklärte dabei, die politische Ordnung auf der Erde werde "künftig nicht mehr in unterschiedlichen Polen", sondern durch Machtzentren, gewissermaßen verschiedene Magnetfelder, organisiert. Das seien die EU an der Seite von USA, Japan und

Australien gegen Russland und China. Beide Staaten hätten andere Länder bereits an sich gebunden und “alternativen zum westlichen Entwicklungsmodell” geschaffen. Deutlich werde das “aktuell, wenn viele Staaten unseren Weg der Sanktionen gegen Russland ablehnen”. So hätten die Abstimmungen in der UN-Vollversammlung zur Verurteilung Russlands gezeigt, “dass die Hälfte der Weltbevölkerung nicht hinter unserer Politik steht.” Was macht ein Imperialist in solcher Lage? Die Antwort Klingbeils: “Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben.” Die Begründung kann nur ein Westdeutscher finden, der auf einem Bundeswehr Truppenübungsplatz aufgewachsen ist: “Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem.” Friedenspolitik bedeute, “auch militärische Gewalt als ein legitimes Mittel der Politik zu sehen.”

Wer so redet, hat kein Format, keine realistische Strategie, nur den Krieg in Planung und der will erneut wie im Kalten Krieg eine Politik am Rande des Abgrunds führen.

Am Montag hat Olaf Scholz in einer Grundsatzrede in Prag klar umrissen: Die Bundeswehr soll stärkste konventionelle Armee in der EU werden. Die BRD übernimmt 2025 die Führung des geplanten militärischen EU-Hauptquartiers, sie baut zusammen mit Nachbarstaaten ein neuartiges Luftverteidigungssystem auf, schafft für die sogenannte nukleare Teilhabe F-35-Tarnkappenbomber aus den USA an und strebt gemeinsam mit Frankreich die “globale Luftherrschaft” an. Die Bundesregierung will mit einer “Koalition der Entschlossenen” von Krieg zu Krieg ziehen. Den neuen deutschen Größenwahn unterstreicht das FCAS-System aus Kampfbomber und Drohenschwärmen, das in 20 Jahren einsatzbereit sein soll, Entwicklung und Anschaffung werden auf 500 bis 600 Milliarden Euro geschätzt. In den kommenden Jahren soll außerdem in der BRD eine US-Hyperschallwaffe “Dark Eagle” stationiert werden, die US-Einheit, die sie in 30 Minuten für einen Enthauptungsschlag nach Moskau steuern soll, hat in Wiesbaden bereits Quartier bezogen. Das wird Russland zu Präventivmaßnahmen zwingen, die auf die Bundesrepublik zielen. Ich glaube nicht, dass Wladimir Putin am Donnerstag nur zur Feier des 1. September – in Russland der “Tag des Wissens” zu Schulbeginn – war. Wir sind dann erneut in einer Situation wie vor 60 Jahren während der Kuba-Krise und wie vor 40 Jahren bei der Stationierung von Pershing und Cruise Missile in Westeuropa einschließlich der BRD.

Die untergehende Weltordnung soll erneut mit Gewalt zementiert werden, daher nehmen gegenwärtig erstmals deutsche Kampfflugzeuge an einer Militärübung Australiens unmittelbar an der Grenze Chinas teil.

Das alles birgt die Gefahr eines Weltkrieges in sich, die Westmächte verschärfen diese Gefahr fast täglich. Sie sind entschlossen, eine Politik am Rande des Abgrunds zu verfolgen, Russland auf Dauer zu schwächen und – wie gesagt – nach Möglichkeit zu einem Rohstoffe liefernden Vasallenstaat zu machen. USA, NATO und EU waren und sind die Hauptaggressoren und stellen dies ständig neu unter Beweis.

Als Russland am 24. Februar mit seiner „militärischen Spezialoperation“ begann, in den seit acht Jahren tobenden Krieg in der Ostukraine eingriff, kam das vermutlich für

alle von uns überraschend. Über einige Aspekte dieses Krieges gibt es auch in unseren Reihen unterschiedliche Meinungen, aber die Gemeinsamkeiten überwiegen und nach einem halben Jahr zeichnet sich zudem ein Wandel im Charakter des Krieges ab: Er wurde zu einem Verteidigungskrieg Russlands gegen die NATO-Aggression.

Aus meiner Sicht ist die Frage nach dem Charakter des Krieges nach Carl von Clausewitz und Wladimir Iljitsch Lenin die erste, die zu stellen ist, um eine Diskussion auf sachlicher und wissenschaftlicher Ebene führen zu können. Lenin sprach 1914 sogar davon, es sei die "primitivste" Art über einen Krieg zu sprechen, wenn man zunächst fragt, wer angefangen habe. Selbstverständlich immer der andere. Welche Politik wird also in der Ukraine mit anderen, mit gewaltsamen Mittel fortgeführt? Nimmt man die Vorgeschichte, scheint mir klar zu sein: Die Hauptmächte des Imperialismus, die USA, die NATO und die EU sind auch die Hauptaggressoren – unabhängig davon, ob am 24. Februar selbst zuerst russische Streitkräfte schossen.

Die Verteidigung der beiden Donbassrepubliken war außerdem völkerrechtlich legitim. Sie waren nach achtjährigem Krieg, der vor der westlichen Öffentlichkeit sorgfältig verborgen wurde, obwohl er mehr als 14.000 Tote gefordert hatte, seit dem 15. Februar massiv erhöhten Artilleriebeschuss von Wohnvierteln, von Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern ausgesetzt. In Bezug auf die übrige Ukraine mag es formal ein Angriff gewesen sein, es war aber vor allem eine Notwehr. Verweise auf die Kiewer Rus oder die Behauptung, Lenin und die Bolschewiki hätten die Ukraine künstlich geschaffen, wie sie Wladimir Putin aufstellte, sind allerdings kein Ersatz für eine Kriegsbegründung aus den Notwendigkeiten heraus.

Wir wissen noch nicht, ob Russland in Abwehr eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs handelte, klar ist aber: Der Westen und die Ukraine bereiteten sich auf den Angriff vor. Die Prahlerei Selenskis auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 19. Februar mit Atomwaffen, die sich in der Ukraine nach Ansicht von Fachleuten, relativ rasch herstellen ließen, war ernst zu nehmen. Die oberste politische und militärische Maxime Russlands lautet: Einen 22. Juni 1941 werden wir nicht noch einmal zulassen. Bruno Mahlow hat das vor einer Woche auf dem UZ-Pressfest noch einmal bekräftigt.

Ich schließe mich jedenfalls, was diesen Krieg und seine Verursacher angeht, erstens völlig der Meinung des Papstes an, der meinte, die NATO habe wohl zu sehr „vor der Tür Moskaus gebellt“. Franziskus weiß selbstverständlich, dass das, was die NATO tat, mehr war als Bellen. Aus seinem Mund kommt keine Verurteilung Russlands. Er hat selbst inzwischen mitgeteilt, dass ein Staats- oder Regierungschef, den er im Herbst 2021 traf, ihm den Krieg angekündigt hat.

Anschließend sollten wir uns zweitens auch der Meinung vieler Staaten des globalen Südens. Die 35 Länder, die sich am 2. März in der UN-Vollversammlung bei der Resolution, mit der Russland wegen des Angriffs verurteilt wurde, der Stimme enthielten, sehen das ähnlich wie Franziskus. Sie repräsentieren ungefähr zwei Drittel der Menschheit, darunter die BRICS-Staaten - und nicht nur die Hälfte der Weltbevölkerung, wie Lars Klingbeil meint. Insbesondere die 17 afrikanischen Staaten, die sich der Stimme enthielten und die acht Länder des Kontinents, die erst gar nicht an der Abstimmung in den Vereinten Nationen teilnahmen, betrachten diesen Krieg als

eine Fortsetzung imperialistischer Kolonialpolitik. Und das sehen sie richtig: Der Westen betrachtet die Völker außerhalb seines Bereichs als Kolonialobjekte, als Staaten, die seit er seit Jahrhunderten gewohnheitsmäßig ausplündert. Dabei soll es bleiben. Aber das ändert sich, zum ersten Mal seit 500 Jahren. Als der Präsident Senegals und diesjähriger Vorsitzender der Afrikanischen Union Macky Sall im Juni Waldimir Putin in Sotschi besuchte, forderte er vor allem, den „Konflikt“, er spricht nicht von einem „Krieg“, wie auch schon gegenüber Olaf Scholz zwei Wochen zuvor gesagt hatte, zu beenden und vor allem die westlichen Sanktionen, damit der Getreideexport aus Russland und der Ukraine wieder in Gang kommt. Das ist inzwischen durch sogenannte Getreideabkommen gewährleistet.

US-Außenminister Antony Blinken holte sich in Südafrika eine Ohrfeige ab. Seine Amtskollegin Naledi Pandor nannte das vom US-Kongress am 27. April verabschiedete Gesetz H. R. 7311 zur »Bekämpfung des bösartigen Einflusses und der Aktivitäten der Russischen Föderation und ihrer Stellvertreter in Afrika« eine »beispiellose Aktion« und exemplarisch »für ein erstaunliches ›Was kommt jetzt?‹«. Mit der Aktion, so Pandor, sollten »Länder in Afrika bestraft werden, die sich im Krieg zwischen Russland und der Ukraine nicht an die Linie gehalten haben.« Pandor nannte Beispiele dafür, was dem passiert, der sich auf den Westen verlässt, etwa das Verweigern von Impfstoffen in der Coronapandemie. Die EU breche ihre Handelsregeln sofort, wenn es z. B. um Zitrusfruchtimporte aus Südafrika geht. Hinzu kämen »große Anstrengungen, um die Entwicklungsländer zu spalten«. Und schließlich: »Genauso wie das ukrainische Volk sein Territorium und seine Freiheit verdient, verdient auch das palästinensische Volk sein Territorium und seine Freiheit.« Das Herangehen sei aber anders: Von regelbasiert oder Respekt fürs Völkerrecht kann im Westen keine Rede sein, dort gelten prinzipiell doppelte Standards.

Alles das besagt, dass sich die Kräfteverhältnisse in der Welt zuungunsten des Westens ändern. Hier im Land unternimmt der Klassengegner alles, um diesen Wandel nicht in ins Bewusstsein der Bevölkerungsmehrheit dringen zu lassen. Angeblich steht die „internationale Gemeinschaft“ hinter den Sanktionen – ein Witz. Wenn sie „internationale Gemeinschaft“ sagen, meinen sie in Wirklichkeit die Reichen dieser Welt. Das politische Personal und ihr medialer Anhang haben eine Art Kriegsvolksgemeinschaft zu präsentieren. Dafür sind die Staats- und Konzernmedien bereit, den Anschein von Journalismus zu wahren. Deutsche Bürgermedien sind Propagandaorgane der aggressivsten Kreise des deutschen Kapitals geworden - sie arbeiten wesentlich gleichförmiger als zu Zeiten des völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieges auf Jugoslawien 1999 oder des „Krieges gegen Terror“, der 2001 nach den Attacken in den USA ausgerufen wurde.

Das deutsche Monopolkapital hat sich zum dritten Mal seit 1900 auf den Weg gemacht, einen „Platz an der Sonne“ zu erringen. Das ist die Erklärung für den politischen Kotau vor Washington, den die jetzige Bundesregierung vollzogen hat, und dafür, gegen die eigenen Interessen die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland weitgehend zu kappen. Es genügt auf eine ökonomische Kennziffer zu verweisen: Die deutschen Investitionen in Russland, also der Kapitalexpert, hatte 2019 eine Höhe von 24,6 Milliarden US-Dollar. Die Ziffer für die USA: 522 Milliarden US-Dollar, also mehr als das 20fache. So sehr

man sich scheinbar damit abfindet, dass die US-Monopole gegenwärtig die größten Kriegsgewinner sind, so klar ist das Ziel, die EU noch in ganz anderer Weise als bisher zu einem Machtblock unter deutscher Führung zu machen. Entsprechend blüht der deutsche Größenwahn.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Zum Krieg nach außen gehört der verschärfte Klassenkampf im Innern. Die angeblich so kurzzeitige Inflation dauert nun seit fast zwei Jahren, weitere Teuerungsschübe sind angekündigt. Im ersten Halbjahr 2022 gab es erhebliche Reallohnverluste, die Furcht davor, für die Ukraine im Winter frieren zu müssen oder nicht genug zu essen zu haben, greift um sich. In den vergangenen Monaten verzeichnete der deutsche Einzelhandel Umsatzrückgänge im Rekordbereich, noch mehr verlor der Lebensmitteleinzelhandel. Die Menschen haben zu wenig oder kein Geld mehr. Klassenkampf nach innen heißt aber auch, die Schraube gegen Linke und ihre Organisationen fester zu drehen. Erinnerung sei an den Versuch des Bundeswahlleiters, die DKP von der Bundestagswahl 2021 auszuschließen und bei dieser Gelegenheit auf kaltem Wege zu verbieten. Ähnliches geschieht im Rechtsstreit von „junge Welt“ und Bundesinnenministerium wegen der Erwähnung der Zeitung in den Jahresberichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz: Marxismus wird hier als unvereinbar mit dem Grundgesetz bezeichnet, denn wer von Klassen spreche, verletze die Menschenwürde. Auf derart dümmlische Behauptungen ließ sich nicht einmal das Bundesverfassungsgericht ein, als es 1956 die KPD verbot.

Und da ist zudem die Totschlagfraktion des Kapitals, die Faschisten. Russenhass und die Behauptung, „wir“ müssten uns vor russischen Angriffsabsichten schützen, dient der Einschüchterung und damit der Stabilisierung der Heimatfront. Vor allem aber: Keine Woche vergeht, in der nicht ein „Einzelfall“ von Waffen- und Munitionshortung herauskommt. Längst existiert ein Netzwerk gewaltbereiter bewaffneter Nazis. Der Schwund der AfD bei den jüngsten Wahlen ist kein Trost. Diese Partei der Sicherheitsorgane und der Armee (3.000 von knapp 30.000 Mitgliedern gehören den Sicherheitsorganen und der Bundeswehr an) zerreibt sich gerade innerlich zwischen NATO- und Russland-Unterstützern. Entscheidender ist, dass das, was sie repräsentiert – blinder Hass auf Migranten und insbesondere Muslime, deutschnationaler Größenwahn und völkischer Blut-und-Boden-Wahn – in den Behörden dieses Landes um sich greift und durch CDU und CSU salonfähig gemacht wird. Eine Katalysator-Rolle kommt dabei der Ukraine, genauer dem Ukraine-Krieg und der in der Ukraine herrschenden Ideologie zu: Wer wie alle großen Medien seit 2014 notorisch leugnet, dass in der Kiewer Regierung Faschisten und extreme Nationalisten das Sagen haben, der lässt einen Botschafter wie Herrn Melnyk und dessen faschistische Gesinnung fast täglich im öffentlich-rechtlichen Fernsehen und Rundfunk zu Wort kommen. So gewöhnt man eine ganze Bevölkerung daran, dass es normal ist, wie er zu behaupten, „alle Russen sind Feinde“. Oder wie eine Politikwissenschaftlerin bei Lanz im April: „Ich glaube, wir dürfen nicht vergessen, dass auch wenn Russen europäisch aussehen, dass es keine Europäer sind – im kulturellen Sinne.“ Das ist heute wieder gängig, das ist von „Untermenschen“ und „jeder Schuss ein Russ“ nicht

entfernt, es ist dasselbe: Der Russe als Weltfeind, der nach Annalena Baerbock „ruiniert“ werden soll. Wenn der Kanzler jetzt mit “Slawa Ukraini!” Reden beendet, dann greift er den Gruß auf, den der Zweite große Kongress der Bandera-Organisation OUN im April 1941 in Krakau, also im von den Besatzern so genannten “Generalgouvernement” als faschistischen Gruß annahm. Beschlossen wurde sogar, in welchem Winkel der Arm vom Körper zu spreizen und wie hoch, nämlich über den Scheitel, er zu heben war. Nach den Verbrechen der OUN war der Gruß den Bandera-Faschisten ab 1945 so unangenehm, dass sie diesen Beschluss in einer Dokumentensammlung, die 1955 in München erschien, wegließen. Seit 2018 ist er offizieller Gruß des ukrainischen Militärs, nun benutzt ihn der deutsche Bundeskanzler.

Friedenskampf und Antifaschismus sind 2022 insofern untrennbar wie auch die Sozialproteste. Wir im “Rotfuchs”, der im Februar 2023 25 Jahr alt wird, ziehen daraus die Schlussfolgerung: Wir wirken auf lokaler Ebene mit allen ehrlichen linken Kräften enger zusammen. Wir unterstützen alles, was soziale und Friedensbewegung zusammenbringt. Lasst uns daran mitwirken, den Herrschenden einen heißen Herbst gegen soziale Kälte zu bescheren.

Unsere Forderungen sind:

Verhandeln statt Waffenlieferungen!

Stoppt den Wirtschaftskrieg!

Beschlagnahmt die Krisengewinne!

100 Milliarden für Soziales und das Gesundheitswesen statt für Hochrüstung und Krieg!

Diskussionsbeitrag Oleg Eremenko

„Wollen die Russen Krieg?“

1. Doktrin Russlands und der Sowjetunion
2. Geschichte nach....
3. Kulturelles Erbe
4. SMO
5. Geschichte
6. heutige Realität
7. Was wartet auf uns

„Wenn ein Kampf unvermeidlich ist, schlage als erster“ sagte einmal Wladimir Putin auf einer Konferenz.

1. Doktrin Russlands und der Sowjetunion

Wie wir alle wissen, gibt es defensive und offensive Doktrinen. Aus der historischen Sicht haben Russland und die Sowjetunion nie einen offensiven Kriege geführt.

Nehmen wir z.B. eine von den berühmtesten und ersten Schlachten Russlands „Schlacht gegen den Ritter auf der Tchudskoe See“ im Jahr 1242 unter Kurfürst Alexander Nevskij.

Nach dieser Schlacht sagte Kurfürst Alexander : „Wer zu uns mit dem Schwert kommt, der wird selbst durch das Schwert sterben“.

Folgen wir weiter der Geschichte. Tataren-Mongolen, die nicht nur Russland eroberten, auch das damalige Europa, dringen Stück für Stück vor. Krieg gegen Russland durch Napoleon. 1. Weltkrieg und die weiteren Konflikte mit dem ehemaligen Russland. Überall sehen wir, dass Russland immer defensiv gewesen ist.

Heute vor 77 Jahren, a pro pro, am 3. September 1945, wurde der 2. Weltkrieg beendet. Mit dem Sieg über Japan.

Was darf man aus der ganzen Geschichte nicht vergessen: Russland war immer defensiv und was noch wichtiger ist, wenn Russland oder die Sowjetunion ihr Territorium vergrößert haben, hat Russland und die Sowjetunion nie das kulturelle Erbe, die Sitten auf den neuen Territorien zerstört. Andersherum, Russland und die Sowjetunion haben die Hochschulen, Institute, Fabriken, Werke und die ganze Infrastruktur aufgebaut.

Jetzt kommen wir zum 22. Februar 2022. Was passierte eigentlich am 22. Februar 2022 ?!

Auf russisch sagt man. „Die Geduld war am Ende“. Wo und wann war die rote

Linie überschritten. Versuchen wir zu analysieren:

Man sagt, der Krieg läuft seit 2014, also seit 8 Jahren. Ist das die richtige Antwort? Kaum. Fragen wir anders, wann haben die NATO und der Westen den Krieg gegen Russland angefangen? Wenn wir so fragen dann verstehen wir, dass der Krieg noch früher angefangen hat, und die Gründe liegen tiefer:

Also der Reihe nach:

Wann hat man den Krieg mit der Ukraine vorbereitet, und was waren die Gründe:

1. Nehmen wir das Jahr 2013. Entscheidung oder Vorschlag von einer Seite - näher zu Europa und im Baltikum wurde der Vertrag über eine Kooperation der Ukraine mit der EU unterzeichnet. Russland schlug ein Zollabkommen vor.

Der damalige ukrainische Präsident Janukowitsch hat die Pläne der EU zerstört und der Vertrag mit Europa wurde nicht unterschrieben. Was war dies für ein Vertrag? Mit einfachen Worten: das war der Vertrag zur Zusammenarbeit von NATO und Ukraine.

Seitdem beginnt die offene Konfrontation des Westens gegen Russland.

Aber schauen wir noch weiter und noch tiefer in die Geschichte zurück:

Das Jahr 1991 war der Untergang der Sowjetunion. In Belogorsk wurden neue Verträge zwischen Russland, Belarus und der Ukraine beschlossen.

Seitdem darf man über eine offene Expansion auf die ehemaligen sowjetischen Republiken durch den Westen sprechen. Unter anderem über eine Pufferzone zwischen dem Westen und Russland – Ukraine.

Aber, einen Moment, werfen wir unseren Blick noch tiefer in die Geschichte. In das Jahr 1953. Da stirbt Stalin, und mit seinem Tod entlässt Chruschtschow aus den Knästen die ukrainischen Kollaborateure, die auf der Seite von Bandera gekämpft haben. Die nehmen nach ihrer Entlassung die Plätze in der Ukrainische Regierung ein. Die Eliten der Kollaborateure sind tief in der ukrainischen Politik verwurzelt und warten nur auf eins, auf ein Signal, aktiv zu werden. Das ist der Zerfall der Sowjetunion.

Jetzt gehen wir noch tiefer, in die Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine, auf Pilsudzkij und seine Bande. Die polnischen Politiker haben immer den Hass gegen Russland mit Hilfe der Ukrainer geschürt.

Und jetzt blicken wir noch tiefer.

In 300 Jahre der Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine. Über diesen Kampf schreibt in seinem Buch der russischer Historiker Uljanov. Er bezeichnet diesen Kampf nicht als Nationalismus, sondern als Separatismus. Aus den folgenden Gründen: die Eliten und die Politiker von polnischer und ukrainischer Seite haben immer und immer wieder die Gründe für den Unterschied zwischen Ukrainern und Russen gefunden, als zwei verschiedene Völker. Das gab es z.B. nie mit den Armeniern, Georgiern, obwohl die auch Orthodoxe sind. Oder mit den

anderen Nationen.

Das waren nur einige historische Hintergründe des Krieges.

Wir wissen aber, dass Kriege aus wirtschaftlichen Interessen geführt werden. Es ist auch bekannt, dass im Jahr 2014, ein amerikanischer Ökonom in einem Interview über den Bankrott der USA geredet hat, über einen Plan, dass alle Kontakte zwischen Russland und dem Westen zerstört werden müssen. Und die Ukraine wird als Vorwand und Anlass dienen.

Bevor wir wieder fragen „Wollen die Russen tatsächlich Krieg“, schauen wir noch auf einen ganz anderen Aspekt.

Seit Anfang der 2000-er Jahre und später, gibt es in Russland neue jugendliche Organisationen. Auch werden ganz viele neue Kadettenschulen in Russland aufgemacht und aufgebaut. Eine der bekanntesten Organisationen ist „Junarmija“, wo die Kinder über die Geschichte lernen, wo ihnen beigebracht wird, ihre Heimat zu verteidigen, zu lieben, die Nachbarn zu akzeptieren und zu respektieren.

Was wird den Kindern in der Ukraine beigebracht, zum Beispiel im Lager von Azov? Hier wird den Kindern beigebracht „Töte die Russen! Verbrenne die Russen, Vernichte die Russen!“ Das wird den Kindern beigebracht. Im Jahr 2014 sahen wir Jugendliche in Odessa, Mädels und Jungs, die Molotov Cocktails vorbereiteten. Mit den gleichen „Slogans“ „Töte die Russen“. Und wo sind diese Kinder im Jahr 2022? Richtig - im Krieg gegen das eigenen Volk.

Und was sehen wir heute in Deutschland. In den Schulen wird es ihnen beigebracht „Die Russen sind schlimm und Aggressoren. Putin ist der größte Teufel“.

Was wird mit diesen Kindern in fünf, in zehn Jahren? Bekommen wir wieder den „Künstler oder Maler“, jetzt nicht aus Österreich sondern aus Deutschland? Wird der über das Volk und den Untermenschen reden? Ja, und es kommt vielleicht noch früher.

Was hat vor kurzem der ukrainischer Botschafter in Kasachstan gesagt „ Je mehr wir heute Russen töten, desto weniger brauchen das unsere Kinder zu tun“... Kurz gesagt, das ist die jetzige Politik von Europa. „Je mehr wir jetzt die Russen und Ukrainer töten, desto besser werden wir leben“....

Man kann lange noch über die Gründe von SMO reden, über den 24. Februar. Aber kurz und knapp, wenn Russland die SMO nicht angefangen hätte, wo hätten wir jetzt gestanden? Was wäre jetzt? Ihr seid alle mehr oder weniger Analytiker, ihr könnt selbst die Frage beantworten. Krieg gegen Russland, mit Hilfe von solchen Oppositionskräften wie Nawalny und Co., durch westliche Banken und Konzerne läuft schon seit 20 Jahren.

Es war viel interessanter mit Russland zu tun zu haben, als Gorbatschow und Jelzin

an der Macht waren. Als die Beiden gingen, ist Russland zum Feind geworden.

Kurz zum Schluss. Womit endet die SMO? „Jeder Krieg“, wie einmal General Lebed gesagt hat, „endet mit einem Frieden“. Ein jugoslawischer Scharfschütze, der auf russischer Seite gekämpft hat, hat mal gesagt „Wie soll man auf den Krieg sehen. Schaut mit den Augen von Kindern, nehmt die Seite wo die Kinder sterben“. Wie lange werden noch die Kinder vom Donbass sterben, wie lange noch werden die einfachen Leute noch durch die amerikanische und die Politik der NATO leiden, sterben?“

Ich sage nur eins, der NATO gelingt es nie, die Russen auf die Knie zu zwingen. Man sagt, die Russen fallen auf die Knie nur in den folgenden Fällen:

„Vor Mama und Papa, vor der Ikone in der Kirche, wenn der Mann das JA- Wort der Frau gibt, wenn der Soldat einen Eid ablegt, und wenn der Soldat bereit ist zum Schießen“. Und das liegt ganz tief in der Seele und im russischen Blut.

Ich bin auf unseren Präsidenten, auf unsere Armee und unsere Bürger, die richtig verstehen, wofür wir kämpfen, stolz. Russland wird nie auf die Knien fallen, Russland ist wie ein Phönix, der aus der Asche wieder geboren wird. NATO und ihre Satelliten haben keine Chancen. Das hat Russland immer bewiesen und beweist es wieder.

Wir stehen Heutzutage am Untergang der westlichen Werte und ihrer Welt. Der Countdown läuft.

Diskussionsbeitrag Liane Kilinc

Liebe Genossen, liebe Freunde, liebe Gäste,

selten lagen Freude und Schrecken so nahe beieinander wie heute.

Denn wenn ich von der Hilfe erzählen soll, die wir für den Donbass geleistet haben, inzwischen acht Jahre lang, dann steht ein Gedanke ganz groß im Vordergrund – bald ist das Elend dort vorbei, ist der Donbass befreit, endet der unaufhörliche Beschuss durch die ukrainische Armee.

Das ist Grund zur Freude.

In letzter Zeit wurden immer öfter die Lager mit humanitärer Hilfe Ziel dieses Beschusses; auch unsere Lager hat es erwischt, zum Glück dann, als gerade niemand dort war.

Andere hatten dieses Glück nicht. Aber wir haben nicht aufgehört; und wir werden weitermachen, solange es einer solchen Hilfe noch bedarf, auch in den Gebieten, die jetzt befreit wurden.

Jetzt, wo die verrücktesten Dinge erzählt werden, die Fernsehnachrichten in der Bundesrepublik ernsthaft behaupten,

die russischen Truppen beschießen sich selbst im Kernkraftwerk in Saporoschije, oder verteilten selbst Schmetterlingsminen in Donezk, ist zu merken, wie wichtig

es ist, Kontakte dorthin zu haben, Menschen, mit denen man seit Jahren zusammenarbeitet.

Es ist nur ein kleiner Beitrag gegen die großen Lügen, und sicher weit weniger, als wir uns zu Beginn unserer Arbeit erhofft hatten; aber wenn ich eine Meldung aus dem Donbass bekomme, da und dort sind wieder Wohnhäuser beschossen worden, dann weiß ich, dass ich der Meldung vertrauen kann, ich bekomme Foto und Videoberichte und ich war selbst mehrfach vor Ort.

Und ich kann diese Informationen weitergeben und ein kleines Stückchen Wahrheit retten.

Die Menschen, um die wir uns vor allem gekümmert haben, waren jene, die direkt an der Frontlinie leben, bei denen die Wasserversorgung, Strom und Gas oft nicht funktionierten, weil wieder einmal Granaten niedergegangen waren.

Die mühsam versuchen, sich aus ihren kleinen Gärten zu ernähren, in der Hoffnung, dass kein Geschoss die Arbeit zunichte machen würde.

Wir haben Schulen und Kulturhäuser unterstützt, die ihre Fenster neu verglasen mussten, wir haben Dächer gedeckt, manche davon mehrmals. Wir haben für Kinder Ferienaufenthalte organisiert, damit sie wenigstens ein paar Wochen im Jahr spielen und schlafen können, ohne auf Mörserfeuer lauschen zu müssen.

Und es ist schon eine Freude, daran zu denken, dass jetzt, bald, die Fenster der Schulen nicht mehr zerbersten werden, und die Kinder im Donbass nach so vielen Jahren ein erstes Schuljahr erleben dürfen, ohne in den Keller flüchten zu müssen.

Über die Jahre hinweg haben wir auch Menschen in anderen Ländern unterstützt. In Syrien und im Jemen. Und auch da, das sollte man nicht vergessen, gibt es Zeichen der Hoffnung.

Die Welt sortiert sich neu; das musste auch US-Präsident Joe Biden erfahren, als er in Saudi-Arabien um Öl bettelte.

Die größten Brandstifter auf diesem Planeten, die Vereinigten Staaten, verlieren gerade gewaltig an Einfluss, und auch wenn sie jetzt, in diesem Moment, ein Streichholz an jede Lunte halten, die sie irgendwo gelegt haben, bald ist es damit vorbei, und an vielen Orten, wie in Syrien, werden die Kriege ein Ende finden.

Aber da ist jetzt auch der Schrecken.

Anders als in den letzten Jahrzehnten ist er diesmal heimisch.

Wir sind diejenigen, die die Zukunft fürchten müssen.

Man könnte sagen, es wird uns auf brutale Weise vorgeführt, was es bedeutet, wenn ein Land nicht souverän ist.

Ich war noch zu jung, aber ich weiß zumindest aus Erzählungen, wie mühsam die Souveränität der DDR errungen und erhalten wurde. Dass es zwar nicht schön war, Braunkohle zu verbrennen, aber die Energie wichtiger war, weil ohne Industrie keine Souveränität möglich ist.

Ihr hattet den Auftrag, unsere Grenze zu schützen, und auch das war Voraussetzung wie auch Ausübung der Souveränität.

Die Bundesrepublik hat ihre Souveränität Stück für Stück preisgegeben, angefangen mit der Grenze, und nun wird auch noch die Industrie zerstört und der Lebensstandard heruntergefahren wie nie zuvor. Irgendwie war es schon 1989 klar, dass es das Schaufenster des Wohlstands im Westen jetzt nicht mehr braucht; aber

ein Land ohne sichere Elektrizität hätte sich damals sicher keiner von uns vorgestellt.

Man täusche sich nicht – dass, was jetzt passiert, ist Klassenkampf in seiner schärfsten Form.

Mit dem Ende der Macht der USA werden all die Spekulationsblasen platzen, die in den letzten Jahrzehnten aufgeblasen wurden, und die Menschen in Deutschland müssen arm werden, nicht, um der ebenso wenig souveränen Ukraine ihr Bandera-Regime noch ein wenig zu erhalten, sondern um zu verhindern, dass der angehäuften Reichtum der Milliardäre sich in die Luft auflöst, aus der er geschaffen wurde.

Wenn ich mich daran erinnere, was die Putschregierung in der Ukraine mit als erstes unternommen hat – die Strom- und Gaspreise massiv zu erhöhen – damals habe ich gedacht, wie kann eine Regierung ihrer eigenen Bevölkerung gegenüber so feindselig handeln. Das steigerte sich schnell, bis zum unerklärten Krieg gegen den Donbass; und letzte Woche erst wurde ein Gesetz in Kraft gesetzt, das für die Beschäftigten kleiner und mittlerer Unternehmen alle Rechte aufhebt. Aber das ist die Ukraine.

Jetzt müssen wir uns hier Sorgen machen, ob im Winter die Bundeswehr in den Wohnungen die Heiztemperatur kontrolliert.

Und es ist die deutsche Regierung, die höchst feindselig handelt.

Die es schon zur „russischer Desinformation“ erklärt, wenn man nur feststellt, dass der ganze Irrsinn der Energiepreise die Folge von Sanktionen ist, die sie mit verhängt haben.

Dass es keinen Grund gäbe, zu frieren, und keinen Grund, dass die Industrie verschwindet, wenn es diese Sanktionen nicht gäbe.

Selbst das Handelsblatt hat inzwischen vorgerechnet, dass in den USA die Energiekosten nur einen Bruchteil der deutschen betragen, und es für die Konzerne attraktiver wird, dort zu produzieren statt hier.

In der Ukraine brauchte es zumindest den Putsch des Jahres 2014, um Ihnen die Souveränität zu nehmen.

Die Regierung Scholz verzichtet darauf, auf ein Fingerschnipsen.

Und nennt das auch noch „Solidarität mit der Ukraine.“

Welch ein schamloser Missbrauch dieses kostbaren Wortes.

Solidarität hätte heißen, die ukrainischen Antifaschisten zu schützen, sich um Frieden für den Donbass zu bemühen, nicht, die Faschisten von Asow zu Helden zu erklären und Waffen zu schicken, damit der von den USA gewünschte Krieg möglichst lange dauert.

Wir haben Solidarität geübt, mit den Opfern dieses Putsches, mit den vom Kiewer Regime Verfolgten, mit denen, die sie mit Krieg überzogen haben. Und auch, wenn es nicht gelungen ist, die Mauer der Lügen hier in Deutschland zu durchbrechen, wir haben das Richtige getan.

Und nun?

Nun wird durch den Donbass bald ein großes Aufatmen gehen.

Ich habe Bilder vom Wiederaufbau in Mariupol gesehen; da wird mit atemberaubender Geschwindigkeit gebaut. So wird es wohl auch im Kleinen sein, in absehbarer Zukunft.

Und wir hier müssen uns Sorgen machen, ob wir nicht selbst bald Hilfe brauchen werden, wenn die Entwicklung nicht aufgehalten wird.

Findet sich in Deutschland eine Kraft, die Souveränität wieder zu erlangen? In einer Zeit, in der die Wahrheit nicht mehr gesagt und geschrieben werden darf. Es gibt derzeit keine organisierte Kraft, die die Richtung weisen kann. Aber was nötig wäre, ist klar:

ein Ende der NATO-Hörigkeit, zivilisierte Beziehungen zu Russland und eine Politik für die Interessen der deutschen Bevölkerung.

An diesen, und nur an diesen Punkten wird sich klären, wer auf welcher Seite steht, wer Bündnispartner ist und wer Gegner.

Wir sind auf dem Weg in eine nationale Katastrophe, so wie es die Ukraine im Frühjahr 2014 war. Wenn es nicht gelingt, die Souveränität wiederzuerlangen, ist diese Katastrophe nicht aufzuhalten.

Bei der Gelegenheit möchte ich meinen Dank aussprechen für eure Arbeit in den Grenztruppen, die geholfen hat, die Souveränität meiner Heimat DDR zu bewahren. Zeiten wie die heutigen zeigen klar, wie wichtig das war.

Und gleich, wie finster und wie mühsam es hier wird, ob das von der Regierung verordnete Chaos über uns hereinbricht oder sich doch noch ein Widerstand entwickelt, der es aufzuhalten vermag, das, was wir all die Jahre über für den Donbass getan haben, hat, wenn auch nur ein kleines Stück weit, mit dazu beigetragen, dass dort bald Frieden einkehren kann.

Ein klein wenig können wir mitfeiern, und das kann Trost und Hoffnung sein in den Tagen, die uns bevorstehen.

Schlußwort Hans Bauer

Liebe Freunde, Genossinnen und Genossen!

Unser heutiges Thema "NATO, EU, Russland und wir", ist höchst aktuell. Ich bin überzeugt, keiner von Euch ist nicht zutiefst betroffen und bewegt von den Ereignissen in der Ukraine. Und ich irre mich sicher nicht, dass Sachkunde und Kenntnis vieler Anwesenden hier so tiefgründig sind, die wahren Ursachen und Gründe dieser militärischen Auseinandersetzungen politisch richtig einzuordnen. Der Krieg nicht erst am 24. Februar begann. Viele von Euch waren Waffenbrüder der Sowjetarmee, nicht Wenige haben an sowjetischen Hochschulen studiert und waren engstens mit den sowjetischen Freunden verbunden. Das trifft aber ebenso auf die meisten von Euch zu, die nicht Angehörige der NVA, der Grenztruppen und der sonstigen Sicherheitsorgane der DDR waren.

Die Freundschaft zu den sowjetischen Völkern ist tief verwurzelt. Natürlich auch aus historischen Gründen.

Bei diesem Hintergrund und dieser Verbundenheit kein Wunder, dass wir uns bei allen Unterschieden in Einzelfragen in der Mehrzahl zur Russischen Föderation bekennen. Uns gegen die Politik der NATO nach 1990 wenden und die offen

erklärte Feindschaft zu Russland mit Russophobie, Sanktionen und Waffenlieferungen verurteilen.

Besonders empört sind wir über die Kriegsbeteiligung Deutschlands. Die Spitzenpolitiker dieses Landes lassen jegliche Vernunft vermissen. Habeck beklagt fehlendes Gas aus Russland, verhindert aber die Lieferung durch Sanktionen, Bärbock will Russland erst ruinieren, nun "strategisch scheitern" lassen. Scholz kündigt weitere Waffenlieferungen in Höhe von 500 Mill. € an. Was für Kriegstreiber und Hetzer! Auch der heutige Bundespräsident hat zu dieser Situation beigetragen, damals 2014 als Außenminister, als er mit Faschisten auf dem Maidan auftrat und vor wenigen Tagen auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen gegen Russland hetzte. Kein Gedanke an Initiativen zur Herstellung eines gerechten Friedens, der Russlands Sicherheit und eine friedliche Ukraine ohne Faschisten in Militär und Verwaltung garantiert. Der die Minsker Abkommen realisiert.

Für die Machthaber Deutschlands ist diese Auseinandersetzung willkommener Anlass, das Land weiter zu militarisieren - ich erinnere an das Sondervermögen von 100 Mrd. €.

Allmählich begreifen immer mehr Menschen, dass solche Politik Deutschland, uns allen, zum Nachteil gereicht. Auch Politiker, Militärs und Wirtschaftsleute fordern zunehmend einen Politikwandel. Aber: Baerbock: Es ist mir egal, ob die Menschen demonstrieren - die Sanktionen werden weitergehen. Wie sagte Todenhöfer angesichts der Unfähigkeit der Regierung: "Haut ab, bevor Ihr davon gejagt werdet".

Liebe Freunde,

unsere 36. Treffen sollte dazu beitragen, mit Sachkenntnissen und Informationen die komplizierte Situation noch besser zu verstehen, einen eigenen Standpunkt zu erarbeiten oder zu festigen und entsprechend den Möglichkeiten offensiv zu vertreten. Aufklärung tut hier Not.

Und in diesem Sinne danke ich vor allem unseren Rednern: Arnold Schölzel für seine tiefen Einschätzung, die er auch in den Medien JW, UZ, Rotfuchs vermittelt, Liane Kilinc für ihre wertvolle Information über die Donbassrepubliken, vor allem für ihren Mut, wie ihr Verein "Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe" Solidarität übt, Roland Gödicke für seine Erfahrungen. Ein ganz besonderes Dankeschön gilt unseren Gästen aus der Russischen Föderation, dem Militärattaché sowie unserem Freund und Genossen Oleg Eremenko. Wir bitten, dass Oleg seinen russischen Freunden unsere Grüße übermittelt.

Unsere Spendensammlung hat über 500 € erbracht. Ein Teil davon wird für humanitäre Hilfe gespendet. Der GRH-Vorstand wird darüber entscheiden.

Herzlich danken möchte ich der Rotfuchs-Singegruppe für ihre leidenschaftliche Einstimmung auf unser Treffen. Dank allen, die zum Gelingen dieser Veranstaltung beigetragen haben.

Ich danke Euch allen, liebe Genossinnen und Genossen, dass Ihr gekommen und an diesem Treffen teilgenommen habt. Unser Kampf geht weiter. Bleibt gesundheitlich stabil, kritisch und kämpferisch. Wir sehen uns spätestens 2023 wieder.

I m p r e s s u m

Herausgeber:

Vorstand der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH)
e.V.,

AG Charlottenburg RNr.: 14285 Nz

Mitglied des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV).

Vorsitzender: Rechtsanwalt Hans Bauer

Geschäftsführer: Dieter Stiebert

Geschäftsstelle des Vorstandes: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030 2978 4225

Internet: www.grh-ev.org

E-Mail: verein@grh-ev.org

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag & 1.Donnerstag im Monat, jeweils 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die „Informationen“ dienen der Unterrichtung der Mitglieder und Sympathisanten der GRH e.V. und dürfen bei Behörden nicht als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Spenden zur materiellen Unterstützung von Opfern der politischen Strafjustiz und zur Finanzierung weiterer humanitärer Tätigkeit der GRH e.V. werden erbeten auf das

**Konto der Berliner Volksbank, IBAN DE53 1009 0000 5788 9000 09, BIC
BEVODEBB**